

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Verantwortlicher: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft

Postamt: Auer
Telefon: 1-10
Telegraph: Auer

Telegramme: Auer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfachnummer: Auer Leipzig Nr. 9110

Nr. 95

Mittwoch, den 23. April 1924

19. Jahrgang

Das Bild der deutschen Parteizersplitterung.

23 Reichswahlvorschlüge zugelassen.

Der Reichswahlvorstand hat in seiner gestrigen Sitzung 23 Reichswahlvorschlüge zugelassen, nämlich von folgenden Wählergruppen: Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutsche Zentrumspartei, Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Bahrische Volkspartei, Kommunistische Partei Deutschlands (unter der Bezeichnung „Liste der Kommunisten“), Bahrischer Bauernbund, Deutschösterreichische Freiheitspartei und Nationalsozialistische Arbeiterpartei (unter der Bezeichnung „Vereinigte Liste der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“), Deutschhannoversche Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Bund der Bauern, Christlichsozialer Volkspartei, Deutsche Arbeitnehmerpartei, Deutschsozialer Partei, Freiwirtschaftsbund F. F. B., Bäuerbund, Nationalliberale Vereinigung (unter der Bezeichnung „Landliste“), Mieterbund und Bodenrecht (unter der Bezeichnung „Partei der Mieter“), Nationale Freiheitspartei, Nationale Minderheiten Deutschlands, Republikanische Partei Deutschlands, Sozialistischer Bund. — Nicht zugelassen wurden weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren, die Reichswahlvorschlüge folgender Wählergruppen: Parteilose Wirtschaftsprüfung, Bahrischer Mittelstandsbund, Freiwirtschaftsbund F. F. B. (in der aus Neuruhrin veränderte eingereichten Fassung), Deutscher Staatsbürgerbund

Regelung gegen Farres wegen „Verfassungsbruchs“.

Der Republikanische Reichsbund, der vor kurzem Anzeiger gegen die Herren Farre, Seizer und Ostler erstattete, hat nunmehr auch gegen den Reichsminister Dr. Farres beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich Anzeiger wegen Verfassungsbruchs erhoben. Die Anzeiger wird damit begründet, daß der Reichsminister nach der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes durch den Reichspräsidenten für den Freistaat Bayern den von der verfassungsbrechenden Regierung erlassenen militärischen Ausnahmezustand ausdrücklich anerkannt habe, obwohl die Aufhebungsverordnung des Reichspräsidenten eine solche Ausnahme nicht zugelassen habe.

Außerdem ist in dem Schreiben scharfer Protest gegen das Verhalten des Ministers Dr. Farres eingeleitet worden, der bei der Todesfeier für den verstorbenen Kämpfer Willi Dreher in empfindlicher Weise die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold beleidigt und zugleich sich noch für berechtigt angesehen habe, in ein schwebendes Verfahren gegen den Professor Ludwig Quatbe öffentlich einzugreifen.

Der Deutsche Republikanische Reichsbund erklärt, daß solche verantwortungslose Handlungen, die aktive Minister unter dem Druck ihres Regierungselbes und ihrer Amtspflichten im Parteinteresse begehen, nicht länger gebuldet werden können, wenn das Ansehen der deutschen Republik nicht gefährdet und die Interessen des deutschen Volkes nicht aufs schwerste verletzt werden sollen.

Die Regierung verspricht Steigerung der Kaufkraft des Lohns.

Reichsminister Dr. Farres empfing am Sonnabend in Vertretung des Reichsministers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. In der Besprechung wandten sich die Gewerkschaften gegen die Auffassung, daß jede Lohnsteigerung notwendig eine Geldvermehrung für die Aufrechterhaltung der Währung nach sich ziehen müsse, und vertraten den Standpunkt, daß das Vorhandensein von vieler unproduktiver Zwischenglieder und zu hoher Gewinnquoten, die Preis- und Preisveränderungsbedingungen der Kartelle und andere Momente in höherem Maße die Währung gefährdeten. Eine Wertschöpfung der Löhne hemme die technische Entwicklung und beeinträchtige die Arbeitsleistung.

Seltens der Reichsregierung wurde die Notwendigkeit einer baldigen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung anerkannt, über das erforderliche und mögliche Ausmaß der Erhöhungen gingen allerdings die Auffassungen auseinander. Auch in des allgemeinen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stimmte die Reichsregierung mit den Gewerkschaftsvertretern im wesentlichen überein und betonte, daß von ihrer Seite alles getan werde, um dem Ziele einer Preisfestsetzung und Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter näherzukommen. Diesem Ziele solle vor allem eine noch einwirkende Handhabung des Ein- und Ausfuhrverhältnisses, der Kartellgesetzgebung und der Kreditpolitik

dienen. Eine vorzeitige Erhöhung der Nominallöhne ohne daß bereits die Handels- und damit Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland wesentlich verbessert und jede überflüssige Kaufkraft in allen Bevölkerungsklassen beseitigt wäre, würde allerdings unzulässig zu einer neuen Inflation führen.

Macdonalds Verzicht auf Sanktionen.

Der englische Premierminister Ramsay Macdonald gab zur Eröffnung der Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei eine bemerkenswerte Schilderung der auswärtigen Politik seiner Regierung. Er erklärte, sie stütze sich auf zwei grundlegende Prinzipien, die Großbritanniens überall vertreten werde: auf die Annahme des Dawes-Berichts in seinem ganzen Umfange und zweitens auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde.

Wenn die Gutachten auch einige Punkte enthielten, die in London keine Sympathie finden, so müßten sie doch als ein Ganzes behandelt werden. Durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund werde dieser vervollständigt werden und könne dann eine Basis für den Frieden Europas in der Zukunft bilden.

„Wenn wir ausführen, als Kerkermeister zu handeln, dann können die von Deutschland geordneten Härtschritte angenommen werden. Daß uns zu Deutschland sagen: Wenn ihr erklärt, daß ihr diese Schritte annehmen werdet, so werden wir euch bei eurem Wort nehmen. Wir haben keinerlei Vorbehaltung getroffen, um irgendeinem Verzug auf eurer Seite zu begegnen. Wenn ihr nach dieser feierlichen Verpflichtung in Bezug geratet, dann werden wir und unsere Alliierten einander näher stehen, als je, und wir werden auf das Ergebnis warten. Aber wir vertrauen euch!“

Dieser Satz wird in London als eine direkte Antwort auf die letzte Rede Poincarés aufgefaßt, in der angedeutet war, daß die Alliierten bereit seien, wieder zu einer kompletten Besetzung der Ruhr zu schreiten, falls Deutschland seine Pflichten nach dem vorgelegten Plan nicht erfüllen sollte.

Macdonald in diametralen Gegensatz zu Frankreich.

„Matin“ schreibt, Macdonald verteidigte sich gegen den Vorwurf, eine Polemik einleiten zu wollen, aber er habe nichtsdestoweniger seiner Ansicht über die von den Alliierten einzunehmende Haltung Ausdruck gegeben, welche in diametralen Gegensatz zu der Haltung der französischen Regierung stehe. Wenn man in England nicht der Tatsache Rechnung trage, daß Frankreich Pflichten der Selbstverteidigung für die Gesamtheit der Alliierten gestellt habe, die Hand geben werde, so dränge die bemerkenswerte Leistung der Sachverständigen in eine Sackgasse zu führen.

Und Poincaré!

Poincaré richtet, wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ berichtet, an alle Regierungen eine Note, die klar macht, daß er trotz des Dawes-Berichts an alten Ansprüchen festhält, und daß weder der Dawes-Bericht, noch Macdonalds keine Politik irgendwelche Beeinflussung können. In London bestreitet niemand, daß der Dawes-Ausschuß trotz absichtlicher Ausschaltung des betreffenden Passus in der französischen Uebersetzung aus dem englischen Text wollte, daß Sanktionen erst wieder nach neuen und offensichtlichen Verstößen Deutschlands beraten werden sollten. Macdonalds Vorrede gilt als Beweis dafür, daß er hierin fest bleiben wird. Weder Italien noch Belgien sympathisieren mit Poincarés Versuch, der Forderung der völligen wirtschaftlichen Abumma des Ruhrgebietes zu entgegen. Deutschland wird laut einer Berliner Meldung des „Daily Telegraph“ die Errichtung eines speziellen neutralen Gerichtshofes zur Austragung aller Streitigkeiten vorschlagen, die sich bezüglich der Auslegung der Reparationsregelung ergeben müssen.

Frankreich will das Ruhrgebiet bis 1930 behalten.

Die „Wafeler Nachrichten“ melden aus Paris: Finanzminister Warcol sprach am ersten Osterfesttag in Nancy. Er sagte u. a.: Frankreich halte an der Ausbeutung der Ruhr bis 1930 fest, würde aber gegenüber genügenden Verzinsungen bereit sein, von 1930 an einen selbständigen Abbau der Ruhr einzutreten zu lassen.

Neue schwere Lasten für die Rheinschiffahrt.

Die seit Monaten zwischen der französischen und belgischen Regierung schwebenden Verhandlungen über die für diese beiden Staaten in Auftrag gegebenen Rheinschiffverträge im Zusammenhang mit der Freigabe des von Frankreich in großem Umfange beschlagnahmten

Rheinschiffvertrages sind jetzt abgeschlossen. Die Rheinschiffahrt muß, um sich die Freiheit ihres Betriebes zu sichern, wiederum die Rheinschiffahrt in neuem Typus und 17. Klasse den Alliierten zum Eigentum überlassen. Die im unbesetzten Gebiet beschlagnahmten Schiffe werden an Frankreich sobald wie möglich abgeliefert werden, während die auf rheinischen Schiffswerften liegenden Neubauten nur zu einem Teil fertiggestellt werden.

Zugleich mit dem Abkommen zwischen den Regierungen hat die Gruppe der größeren Schiffreedereien mit der französisch-belgischen Reparationskommission eine Regelung über die Reparationsstationen getroffen, die den beteiligten Reedereien bei teilweiser Uebernahme der Transportkosten freie Verfügung über ihren Schiffsraum gibt. Das Abkommen legt den Rheinschiffahrt neue schwere Lasten auf, zu deren Entlastung sich die deutsche Regierung zurzeit ausserstande stellt. Umso mehr müssen die Rheinschiffahrt Treibenden erwarten, daß man die Herstellung der vollen Freiheit in der Rheinschiffahrt schnellstens durchgesetzt wird und künftig unberührt bleibt.

Sieben Achtel der Auslandsanleihe für Deutschland untergebracht.

Der „Zeit“ zufolge sollen die Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe von 800 Millionen Goldmark, die Deutschland nach dem Gutachten der Sachverständigen für die ersten Jahre zur Verfügung gestellt werden soll, schon ziemlich weit gediehen sein. Es seien bereits rund 700 Millionen Goldmark gezeichnet, und zwar 400 Millionen von amerikanischen und 300 Millionen von englischer Seite. Die übrigen 100 Millionen seien zurzeit noch aufgelegt.

Der Kommunistenüberfall in der Ruhr.

Im Ruhrgebiet handelt es sich um einen Überfall eines etwa 80 Mann starken Trupps der kommunistischen Schutzorganisation „Freie Jungmänner“ auf zwei Förster, vier Pfadfinder reichbewaffneter Organisationen und drei Bauernbürger. Die Kommunisten hatten sich in einem Privatwalde gelagert und dort trotz des Beschlusses offenes Feuer angesetzt. Sie waren deshalb von den Förstern fortgetrieben worden und hatten sich nun auf den Bellerbörfer Höhen niedergelassen. Als sie in der angrenzenden Schlucht die Förster mit den reichbewaffneten Pfadfindern sprachen sahen, vermaßen sie, daß diese sie verraten hätten. Sie stürzten in zwei Sektionen von der Höhe herunter, besetzten die Schlucht von beiden Seiten und brangen mit Koksmessern, Gummimäxeln und dergleichen, womit sie als zielbewußte Kämpfer ausgetüchtelt waren, auf die Gruppe der neun Personen ein. Die beiden Förster hielten sich die Wäpfer mit ihren Dienstpistolen vom Leibe. Uebel gerichtet wurden dagegen die Pfadfinder, die im Verlauf des Kampfes etwas von den übrigen getrennt worden. Der eine von ihnen, der 17jährige Schüler Franz aus Charlottenburg, erhielt einen Messerstich in die Lunge, der seinen baldigen Tod herbeiführte. Ein zweiter, der 19jährige Schüler Werd, ebenfalls aus Charlottenburg, trug einen Stich in den Rücken davon. Nach ihrer Heldentat ergriffen die Kommunisten die Flucht mußten aber zwei Gefangene in den Händen der Förster zurücklassen.

„Die Deutschen sollen sterben!“

Die Vertreterin der schwedischen Hilfsgesellschaft im Ruhrgebiet, Baronin Anna Lindber, die sich durch tatkräftiges Eintreten für ihre Schutzbesetzten einen unergänzlichen Namen gemacht hat, schreibt in einem Briefe an amerikanische Freunde:

„In diesem Zusammenhang muß ich erwähnen, was die Besatzungsbehörden mir, einer Ausländerin, sagten, nachdem ich stundenlang angestanden hatte um für einen schwerkranken Schwindsüchtigen, der in ein Sanatorium geschickt werden sollte, auf ein Vakuum zu warten. Man sagte mir: „Sie können das Vakuum nicht erhalten, die Deutschen sollen sterben.“ Ich sprach während der ganzen Unterhaltung französisch und sagte dem französischen Beamten, ich würde diesen Vorfall der Präsidentin des Schwedischen Roten Kreuzes, Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Karl melden. Der französische Beamte wiederholte seine Antwort: „Sie können kein Vakuum erhalten, die Deutschen sollen sterben.“

Die Besatzungsbehörden erreichten dieses Ziel Schritt für Schritt durch ihre Maßnahmen. Daß das Ausland nicht dem Mut, einzugreifen, und diesen Verbrechern ein Dikt zu bieten!“

Ludendorff schreibt über Hitler. Wie das „Böttinger Tageblatt“ erzählt, wird General Ludendorff gemeinsam mit seinem Verteidiger im Hitlerprozeß, Rechtsanwalt Quadebrunn, ein Buch über den Hitlerprozeß schreiben, das namentlich Hitlers Fähigkeiten als Staatsmann bewerten soll.